

Antrag

Borken, 16.05.2007

**Sitzungsvorlage Nr. 0097/2007**

Kreisausschuss	14.06.2007	TOP: 6	öffentlich
Kreistag	21.06.2007	TOP: 7	öffentlich

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 20 - Fachdienst Finanzen	<b>Berichterstatter/-in:</b> Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
--	---

**Beratungsgegenstand:**

Abfallwirtschaftsverband Borken-Wesel; Abfallgebühren

Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag fordert die EGW auf, rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen einen Bericht über die Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband Borken – Wesel vorzulegen.
2. Der Kreistag fordert die EGW auf, ihre Vorstellungen über noch mehr Transparenz bei der Gestaltung der Müllgebühren darzulegen.

**Sachdarstellung:**

Zu 1:

Im Jahr 2004 wurde der Abfallwirtschaftsverband Borken/ Wesel gegründet. Ziel war die Neuorganisation und Optimierung des Abfallmanagements. Gleichzeitig erhoffte man sich eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und einen Beitrag für ein ökologisches und preiswertes Entsorgungssystem. Nach drei Jahren ist es nach Auffassung der SPD an der Zeit zu überprüfen, ob diese Ziele erreicht wurden. Da der Kreis Borken auch mit dem Kreis Warendorf und der Stadt Gelsenkirchen kooperiert und die EGW einen Entsorgungsvertrag mit der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet geschlossen hat, sind die gemeinsamen Aktivitäten, die einen Abfallwirtschaftsverband notwendig machen, von besonderem Interesse. Nach Vorlage des Berichtes, der natürlich auch dem Kreis Wesel zur Verfügung gestellt werden soll, entscheiden die Kreistage über die Fortführung des Abfallwirtschaftsverbandes.

Zu 2:

Immer dann, wenn die Müllgebühren angehoben werden müssen, entsteht in den Städten und Gemeinden der Eindruck, als sei der Kreis Borken bzw. die EGW der Verursacher bzw. der Preistreiber. Grund dafür, dass so in den Räten diskutiert wird, ist nach Aussagen von Ratsmitgliedern und Bürgermeistern mangelnde Transparenz bei der Gestaltung der Deponiekosten. Gemeinsam mit der Abfallkommission soll nun überlegt werden, wie diese alljährlichen Diskussionen vermieden werden können. Wichtig scheint zu sein, dass die Bürgermeister ihr Wissen aus der Abfallkommission, in der sie ja vertreten sind, auch an die Räte weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Schulte